

«Familienkrisen und Drohungen gehören in unserem Beruf dazu»

JUGENDHILFE Heutzutage werde die Behörde schneller aktiv, sagt Charles Baumann. 30 Jahre lang war der Psychologe in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Obwohl schon vieles erreicht wurde, fange die Arbeit in einigen Bereichen erst an.

Die Aufgaben des Kinder- und Jugendhilfezentrums Winterthur (KJZ) sind vielfältig: Beratung von Eltern zur Entwicklung ihrer Kinder, Hilfe in Notlagen und bei familiären Konflikten, aber auch Aufträge von Gerichten und den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) – keine einfache Arbeit. 23 Jahre lang war der Psychologe Charles Baumann in Führungspositionen in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Letzte Woche hat er die Leitung des KJZ Winterthur an Regula Kupper abgegeben. Baumanns persönlich schlimmster Fall war der sogenannte Bambi-Fall. Ein Praktikant hatte sich 1999 in einer Krippe in Winterthur an 12 Kindern vergangen. «Es erschütterte mich, wie viel Leid eine Person anrichten konnte», sagt Baumann, der durch die Begleitung der Familien deren Erschütterungen hautnah miterlebte.

Trotz allem, ihn persönlich habe die Arbeit mit den Klienten nie stark belastet. Denn: «Man erlebt ja meist mit, wie sich schlimme Situationen durch unsere Unterstützung und Begleitung verbessern.» Belastet habe ihn eher die Verantwortung als Führungsperson seinen Mitarbeitern gegenüber. Etwa als 2006 das städti-

sche Jugendsekretariat kantonalisiert und zum heutigen KJZ umgewandelt wurde. «Plötzlich mussten drei vorher unabhängige Stellen zusammenarbeiten und eine gemeinsame Kultur entwickeln.»

«Abschotten hilft nichts»

Eng arbeitet das KJZ mit der Kesb zusammen. In den meisten Fällen prüft die Kesb Winterthur-Andelfingen Sofortmassnahmen und übergibt dann dem KJZ Winterthur die langfristige Begleitung, im Rahmen von gesetzlichen Mandaten wie etwa Beistandschaften. Die Reaktionen auf den Fall Flaach gingen daher auch an Baumann und seinen Mitarbeitern nicht spurlos vorbei. «Mich hat es schockiert, wie gegen eine Behörde mit einer solch zentralen Aufgabe wie dem Kinderschutz öffentlich gehetzt wurde.» In dieser Zeit hätten sich die verbalen Drohungen auch gegenüber seinen Mitarbeitenden gehäuft. «Viele Menschen haben Mühe zu akzeptieren, dass bei akuter oder massiver Gefährdung des Kindeswohls in den Privatraum Familie eingegriffen wird», sagt Baumann. Auch die Verunsicherung der Kesb Winterthur-Andelfingen sei einige



Genug freie Zeit zum Lesen: Charles Baumann bei sich zu Hause. mas

Zeit spürbar gewesen. Nun habe sich die Lage wieder beruhigt.

Schnelleres Eingreifen

Trotzdem, die Arbeit habe sich verändert. «Der Spielraum für nicht behördlich angeordnete Unterstützung ist enger geworden.» Die Behörde werde viel schneller miteinbezogen, teilweise auch, um die Verantwortung zu delegieren. Pädagogen, Sozialarbeiter oder Psychologen würden sich vermehrt die Fragen stellen: Wie lange kann ich es ver-

antworten, eigenständig mit einer Familie zu arbeiten? Was ist, wenn etwas passiert?

Fälle wie der Mordfall in Pfäffikon, als die Leiterin des Sozialamtes auf offener Strasse erschossen wurde, machten klar: Abschotten kann man sich nicht. «Passieren kann schliesslich immer und überall etwas.» Umso wichtiger sei es, in Beziehung mit den Klienten zu treten und früh zu reagieren, wenn Fälle schwierig werden könnten. Das muss man aushalten können. «Gele-

gentliche Drohungen gehören in unserem Beruf dazu.»

In den letzten zwanzig Jahren habe man vieles erreicht, sagt Baumann. «Es kommt viel weniger oft zu langjährigen Fremdplatzierungen von Kindern.» Denn das Ziel sei es nicht, die Familie zu ersetzen. Oft könne mit den Eltern zusammen eine Verbesserung erreicht werden und die Kinder zurück nach Hause. Die Arbeit der Jugendhilfe wird aber nicht weniger – im Gegenteil. «Der Regelbetrieb ist sehr unter Druck.» Die Ansprüche sind gestiegen, die Sensibilität der Bevölkerung ist gewachsen. «Heute schreiten die Behörden bei familiären Problemen schneller ein als früher», sagt Baumann.

Auch in Zukunft gebe es viel zu tun. Etwa in Bezug auf die Flüchtlinge, die in den letzten Jahren in die Schweiz gekommen sind. «Hier fängt die Arbeit erst an.» Viele der Migranten seien traumatisiert. Zudem seien sich die Familien andere Strukturen und Erziehungsmethoden gewöhnt und müssten zuerst lernen, als Kleinfamilie zu funktionieren oder Körperstrafen nicht als angemessenes Erziehungsmittel zu sehen.

Abstand gewinnen

Baumann freut sich nun auf seine freie Zeit als Frühpensionär. Als Erstes geht es zwei Wochen in die Berge, «um Abstand zu gewin-

nen». Danach werde er sich wohl vermehrt um den Haushalt kümmern müssen, sagt der 63-Jährige und lacht. Seine Frau arbeite als Sozialarbeiterin und Führungskraft fast Vollzeit. Um sich vorzubereiten, habe er sich bereits zu einem gemeinsamen Kochkurs angemeldet. Trotzdem wird Baumann sich weiterhin für Kinder und Jugendliche engagieren. «Ich wollte nie ganz aufhören, zu arbeiten», sagt Baumann. Aber er genieße es, nicht mehr jeden Tag «in den Stollen zu gehen».

Da er jedoch weiterhin «eine sinnvolle Arbeit» brauche, steht das nächste Projekt bereits fest. Die Stiftung «Okey – Für das Kind in Not» will zusammen mit Partnern und unter Mithilfe Baumanns bis Ende 2018 eine Krisenwohngruppe in Winterthur aufbauen. In dieser sollen Kinder in akuten Fällen von Missbrauch für ein bis zwei Monate platziert werden, bevor eine Anschlusslösung gefunden wird.

Bereits 1993 hatte Baumann die anerkannte Opferberatungsstelle Okey & Kidspunkt mitgegründet. In Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital und dem KJZ bietet sie misshandelten und gewaltbetroffenen Kindern und Jugendlichen eine erste Anlaufstelle. Sein Amt als Co-Leiter hat Baumann zwar kürzlich abgegeben, als Stiftungsrat bleibt er dem Kinderschutz aber weiterhin erhalten. Anna Berger

Erst fiel der Ast, jetzt der Baum

STADTGARTEN Wenn Bäume gefällt werden, ist das für die Bevölkerung oft ein emotionaler Moment. Im Schatten dieser über 100-jährigen Gleditschie im Stadtgarten haben Generationen von Kindern gespielt und Paare Liebesversprechen ausgetauscht. Am Dienstag schlug die letzte Stunde des mächtigen Baums. Dass er weichen musste, war seit Ende August klar, als ein 15 Meter langer und über 400 Kilogramm schwerer Kronenteil abbrach, weil der Ast innen faulte. «Das hätte Tote geben können», sagte Stadtgrün-Leiter Beat Kunz damals. Zum Glück wurde niemand verletzt. Selbstverständlich wird der Baum ersetzt. Bis der Nachfolger ähnlich imposant ist, braucht es allerdings ein paar Jahrzehnte Geduld. mig



Ein 400 Kilogramm schwerer Ast war im September abgebrochen. Am Dienstag wurde der prächtige Stadtpark-Baum gefällt. An seiner Stelle wird eine neue Gleditschie gepflanzt. Lorenz Keller / mig



An'Nur-Präsident wieder frei, Imam bleibt in Haft

EXTREMISMUS Die Staatsanwaltschaft hat die Befragung des interimistischen Präsidenten der An'Nur-Moschee weitgehend abgeschlossen. «Da nun keine Verdunkelungsgefahr mehr besteht, wurde er letzten Donnerstag aus der Untersuchungshaft entlassen», sagt Corinne Bouvard, Sprecherin der Zürcher Oberstaatsanwaltschaft. Der Präsident des Moscheevereins war am 2. November bei einer Razzia festgenommen worden und blieb über einen Monat hinter Gittern. Das Verfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen und Gewalt gegen ihn sowie gegen drei weitere Beschuldigte läuft weiter. Der äthiopische Imam befindet sich als

Einziger noch in Haft. Er soll zum Mord an denjenigen Muslimen aufgerufen haben, die sich weigern, an gemeinsamen Gebeten teilzunehmen.

Ebenfalls im Gefängnis bleibt der Winterthurer S. V., der als möglicher «Leitwolf» der lokalen Islamistszene gilt. Die Untersuchungshaft soll bis Mitte Februar andauern und wurde bereits dreimal verlängert. Das Bundesgericht hat letzte Woche seine Beschwerde gegen die zweite Haftverlängerung abgewiesen. S. V. soll sich laut Bundesanwaltschaft dem IS angeschlossen und im Raum Winterthur mehrere Personen für die Terrororganisation rekrutiert haben. maf

CVP gibt keine Empfehlung ab

STADTRATSWAHL Die CVP hat am Dienstag die fünf empfangen, die im Februar 2017 gern in den Stadtrat gewählt würden. Nach einem Hearing zu den aktuellen Themen entschied die Versammlung: Die CVP unterstützt keine und keinen aus dem Quintett.

Bei den letzten Wahlen 2014 war die CVP noch Teil des bürgerlichen Tickets. Was ist passiert? Der Übertritt des für die CVP gewählten Gemeinde- und Kantonsrats Franco Albanese zur SVP habe einige verärgert, sagte CVP-Präsident Andreas Geering. Und ein Verhältnis von 5 Bürgerlichen zu 2 Linken im Stadtrat wäre «vielleicht schon etwas gar viel», das entspräche nicht mehr der effektiven Kräfteverteilung. mgm

Perrin ist der neue Direktor

ZHAW Der Fachhochschulrat hat Daniel Perrin (Bild) zum neuen Direktor des Departements Angewandte Linguistik bestimmt. Das gab die Bildungsdirektion des Kantons Zürich gestern bekannt. Perrin tritt per 1. Juli 2017 die Nachfolge von Urs Willi an, der in Pension geht.

Der Berner ist seit 2001 am Departement als Leiter des Instituts für Angewandte Medienwissenschaft tätig und seit 2012 stellvertretender Leiter des Departements. Die beiden ab Sommer vakanten Stellen werden im Laufe des kommenden Jahres besetzt. dob



Litteringkosten auf die Gebührensseite verschieben

ABFALL Was die Politik auch bei den Kosten für die Strassenbeleuchtung versuchte, gilt ab Neujahr nun für das Littering. Die Gebührenzahler werden vermehrt zur Kasse gebeten.

Abfall im öffentlichen Raum zu entsorgen kostet die Stadt viel Geld. Egal ob die Pizzaschachtel oder die Zigarettentippe weggeworfen oder in den Kübel gesteckt wurde. Diese Kosten wurden bisher mit Steuergeldern bezahlt. Ab dem neuen Jahr wird ein Teil nun via Abfallgebühren gedeckt. Das haben Stadt- und Gemeinderat entschieden, und weil gegen die entsprechenden Bestimmungen niemand Einsprache erhob, wird dieser Plan nun so umgesetzt.

Das Baudepartement von Stadtrat Josef Lisibach (SVP) hat die Neuerung gestern mitgeteilt. Die Grünen reagierten darauf umgehend mit einer eigenen Mitteilung, worin sie die Umlagerung als «Schlaumeierei und Buebetrickli» kritisieren. Die Grünen waren im Gemeinderat dagegen und verurteilten diese «Umlagerung der Kosten vom Steuer- in den Gebührenerhalt» erneut.

Ebenfalls keine Freude hatte Romana Heuberger (FDP), die sich via Onlinepetition gegen derartige Umlagerungen wehrt. Einen Erfolg bei den Kosten für die Strassenbeleuchtung konnte ihre Gruppe schon erzielen. Nun strebe sie einen juristischen Grundsatzentscheid an. mgm